№ 9. **Provinzial-Correspondenz.** 2. März 1864.

Zweiter Jahrgang.

Eine deutsche Hoffnung.

Die Streitigkeiten am deutschen Bunde werden jetzt wohl einen günstigeren Verlauf nehmen, als man noch vor Kurzem hoffen konnte. Oesterreich und Preußen vereint haben wieder den ihnen gebührenden Einfluß auf die Entschließungen des Bundes gewonnen, und hoffentlich wird es ihnen gelingen, bald an der Spitze und im Namen von ganz Deutschland das Recht und die Freiheiten der deutschen Herzogthümer gegen Dänemark zu vertreten, wie sie es bisher als deutsche Großmächte gethan.

Zunächst haben die beiden Mächte es durchgesetzt, daß man den Streit über den Londoner Vertrag, bei dem ja für den Augenblick gar nichts herauskommen kann, vorläufig hat fallen lassen.

Das Wichtigste ist, daß jetzt Deutschland in wirklicher Einigkeit dem Feinde gegenüberstehe, damit vor dieser Einheit des deutschen Volkes in Waffen nicht blos der Uebermuth der Dänen sich beugen müsse, sondern auch die Völker Europa's die Lust zu einer Einmischung in die deutsche Sache sinken lassen.

Deshalb ist von Preußen und Oesterreich der Antrag am Bunde gestellt worden, alle deutschen Truppen in Holstein, wie in Schleswig unter einen gemeinsamen Oberbefehl zu stellen, während bisher die Bundestruppen in Holstein unter besonderem Befehle standen.

Schon als die Ausführung der Execution in Holstein den vier Regierungen Oesterreich, Preußen, Sachsen und Hannover übertragen wurde, setzten diese unter sich fest, daß Oesterreich und Preußen eine erste Reserve von 5000 Mann aufstellen, für den Fall eines wirklichen Krieges mit Dänemark aber überlegene Streitkräfte, und zwar von wenigstens je einem Armee-Corps, ins Feld stellen, und daß alsdann der Oberbefehl über die sämmtlichen vereinigten Streitkräfte der Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich anheimgegeben werden solle. Der bewaffnete Konflikt ist nun dadurch ausgebrochen, daß Dänemark sich der Pfandnahme von Schleswig widersetzte. Die Mehrheit der Bundesregierungen hatte sich leider dieser Pfandnahme nicht anschließen wollen, aber sie konnte doch nicht verkennen, daß dieselbe im Interesse Holsteins unternommen war, und daß sie mit der Execution in diesem Herzogthume und mit der Führung der Rechte des letzteren im engsten Zusammenhange steht, daß also auch die in Holstein liegende Operations-Basis für den in Schleswig geführten Krieg gehörig gesichert und dieses Herzogthum selbst gegen etwanige kriegerische Angriffe der Dänen ausreichend geschützt werden muß.

Das sind die Gründe, welche Preußen und Oesterreich bewogen haben, beim Bundestage zu beantragen, daß nunmehr der Oberbefehl über die in Holstein aufgestellten Executionstruppen an den Oberbefehlshaber der vereinigten österreichisch-preußischen Streitkräfte übergehe.

Gleichzeitig werden dann Preußen und Oesterreich neue Reservetruppen nach Holstein rücken lassen.

Da es ferner in hohem Grade wünschenswerth ist, daß auch die bürgerliche Verwaltung in den beiden rechtlich zusammengehörigen Herzogthümern gleichmäßig nach ein und denselben Grundsätzen geführt werde, so haben Preußen und Oesterreich auch noch beantragt, daß ihnen die Ernennung von noch zwei Civilkommissarien für Holstein gestattet werden möge, — ein Verlangen, zu welchem die beiden Vormächte auch nach dem Inhalte früherer Bundesbeschlüsse ein ausdrückliches Recht haben.

Als diese Anträge vor acht Tagen beim Bundestage gestellt wurden, da glaubten Viele, es solle damit die Stellung der eigentlichen Bundestruppen in Holstein beeinträchtigt werden, aber sehr bald hat man fast überall eingesehen, daß es sich vielmehr um eine That wirklicher deutscher Einheit und Einigkeit handelt, und deshalb ist zuversichtlich zu erwarten, daß die Mehrheit der Bundesregierungen dem Antrage der Großmächte zustimmen werde.

So wird denn hoffentlich bald ein geeinigtes deutsches Heer dem gemeinsamen Feinde Deutschlands in den Herzogthümern gegenüberstehen und zum ersten Male seit geraumer Zeit Deutschlands einheitliche Macht sich durch die That bewähren.

Die Einigkeit zwischen Preußen und Oesterreich

ist die sicherste Bürgschaft für die Durchführung deutschen Rechts in Schleswig. Von dem Augenblicke an, wo die beiden deutschen Großmächte sich trennten, würde unfehlbar das Ausland die günstige Gelegenheit benutzen, sich in den dänischen Streit zu mischen und nicht blos die deutschen Bestrebungen für Schleswig-Holstein zu vereiteln, sondern auch die unseligen Zerwürfnisse in Deutschland zu nähren und zu einem unheilbaren Bruch zu treiben. Wenn dagegen Oesterreich und Preußen ernst und kräftig zusammenstehen, wird ihnen bald ganz Deutschland willig folgen, und keiner Macht der Welt kann es dann gelingen, uns den Preis des Kampfes zu entreißen.

Deshalb hat die preußische Regierung vom ersten Augenblicke alle ihre Bemühungen daran gesetzt, sich des vollen Einverständnisses und der kräftigen Mitwirkung Oesterreichs für die deutsche Sache in Schleswig-Holstein zu versichern.

Es war ein großes Resultat einer wahrhaft deutschen Gesinnung an beiden deutschen Höfen, daß dieselben so kurze Zeit nach den tiefen Zerwürfnissen des letzten Herbstes sich dennoch rasch und entschieden zur gemeinsamen That für Deutschland vereinigten. Und diese erhebende Einmüthigkeit, die den früheren Zwist bald vergessen ließ, ist durch die neue Waffenbrüderschaft nur noch gestärkt und gehoben worden.

Nachdem das erste Ziel des gemeinschaftlichen Vorgehens, die Pfandnahme Schleswigs, im Wesentlichen erreicht ist, nachdem aber das Verhalten Dänemarks die entschiedene Fortsetzung des Krieges vermuthlich auch über Jütlands Grenzen hinaus zur Nothwendigkeit gemacht hat, wird das herzliche Einverständniß der beiden deutschen Großmächte sich vermuthlich sehr bald in neuen Thaten unzweifelhaft bewähren.

Die Verhandlungen über das weitere gemeinsame Verhalten, zu welchem unser König einen seiner vertrautesten Diener nach Wien gesandt hat, haben, soviel man vorläufig hört, den erfreulichsten Verlauf gehabt und sind in diesem Augenblicke dem vollen Abschlusse nahe.

Die Konferenzen.

Von England waren bekanntlich neuerdings wieder Konferenzen zur Beilegung der dänischen Sache in Vorschlag gebracht. Wie nun Preußen und Oesterreich von Anfang an erklärt haben, daß die schließliche Regelung der dänischen Frage nicht ohne den Mitrath der anderen europäischen Mächte vor sich gehen solle, so hatte man auch jetzt gegen jenen Vorschlag Englands an sich nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß dabei dem Fortschritte der deutschen Waffen kein Hinderniß in den Weg gelegt würde, und auch die Theilnahme der übrigen Mächte an den Verhandlungen erwirkt werden könnte. Allein eben hiermit sieht es äußerst schwierig aus. Zunächst hat, wie es scheint, Kaiser Napoleon durchaus keine Lust, seinen Lieblingsplan einer allgemeinen europäischen Konferenz aufzugeben und sich auf Verhandlungen einzulassen, welche nur die dänische Frage zum Gegenstande haben würden. Ferner hat der deutsche Bund sich zur Theilnahme an Konferenzen noch nicht bereit erklärt, und wenn England darauf bestehen sollte, daß der Londoner Vertrag die Grundlage der Verhandlungen bilden müsse, so kann der Bund sich an denselben schwerlich betheiligen. Endlich aber sind die Dänen selber gerade am allerwenigsten zu friedlichen Verhandlungen geneigt. Dieselben verlangen übermüthiger Weise, daß zuerst und ehe sie sich auf Konferenzen einlassen, die Autorität des Königs von Dänemark im Herzogthum Schleswig wiederhergestellt werde.

Der dänische Reichsrath hat noch am 27. Februar beinahe einstimmig eine Adresse an den König beschlossen, in welcher es heißt: »Unser einziger Trost ist, daß der König die Freiheit vertheidigt und die Schwächung Dänemarks durch ein Aufgeben der Union mit Schleswig nicht will; wir rechnen auf eine energische Fortsetzung des Krieges.«

Der König Christian äußerte bei Entgegennahme der Adresse unter Anderem: er werde eine Aufhebung der politischen Union, welche zwischen Dänemark und Schleswig besteht, nicht zugeben.